

EU-Finanzminister fordern gerechte Verteilung Soziale Marktwirtschaft in der Legitimationskrise

Mittlerweile fällt selbst den EU-Finanzministern auf, dass die Einkommensverteilung in der Europäischen Union ungerecht ist. Vor allem in Deutschland. Sie befürchten soziale Spannungen, wenn sich daran nichts ändert. Auch Bundespräsident Köhler beteiligt sich an der Verteilungsdebatte.

Nach dem letzten Treffen der Finanzminister in der EU bemühten sich alle Teilnehmer, auf die zunehmende Verteilungsschieflage in Europa hinzuweisen. „Wenn unsere Einkommensbezieher und auch Mittelschichten reale Einkommenseinbußen haben, während gleichzeitig die Gewinne explodieren, dann kriegten Sie eine Legitimationskrise des Modells der sozialen Marktwirtschaft.“ sagte der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück.

Jean Claude Juncker, Chef der Euro-Finanzminister und Premier in Luxemburg, forderte, die Beschäftigten „an den Früchten des Wachstums“ zu beteiligen. Der Währungskommissar der EU, Joaquín Almunia, wies auf den historisch niedrigen Stand der Lohnquote in der EU hin. Diese Position sei nicht zu halten.

Auch Bundespräsident Köhler kritisierte die wachsende Kluft bei den Einkommen: „Das aktuelle politisch-moralische Problem besteht darin, dass sich in normalen Unternehmen die Einkommensentwicklung der Spitzenmanager von der Einkommensentwicklung der Belegschaft und der breiten Bevölkerung gelöst hat.“

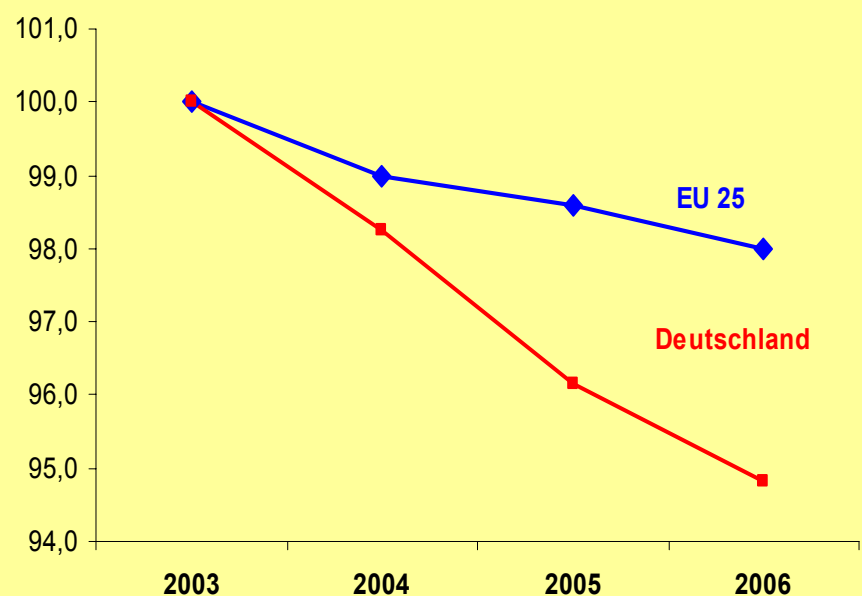
Es wird Zeit, dass Unternehmer und Politik die ungerechte Einkommensverteilung endlich als zentrales Problem wahrnehmen. Vor allem die ungerechte deutsche Einkommensverteilung wird zum Sprengsatz für die EU. Das Abkoppeln der Löhne von den Erträgen des Wachstums ist dabei nicht nur eine soziale Frage, sondern ein zentrales ökonomisches Problem. Die schwache Konsumnachfrage in Deutschland ist ein Indiz dafür. Doch

die Debatte bleibt unehrlich, wenn auf die Worte keine Taten folgen.

Gerade in Deutschland, wo die Lohnquote besonders dramatisch sinkt, hat der Staat das Verteilungsproblem selbst verschärft. Die Steuerpolitik mit Belastungen für Arbeitnehmer (Mehrwertsteuererhöhung) und Entlastungen für Unternehmen (Unternehmensteuerreform) hat ebenso wie die Sozialpolitik (Hartz IV) die primäre Verteilung zwischen Kapital und Arbeit noch weiter verschärft, statt sie auszugleichen.

Und auch die aktuellen Empfehlungen der Finanzminister zur Tarifpolitik sind scheinheilig: Sie fordern eine Orientierung der Tariflöhne an der Produktivitätsentwicklung. Ob dabei die Preissteigerung berücksichtigt werden soll, bleibt offen. Gewinn- und Unternehmensbeteiligungen lösen das Verteilungsproblem nicht. Was die Beschäftigten jetzt brauchen, ist eine ordentliche Lohnerhöhung. Nur das bringt Gerechtigkeit, Wachstum und Arbeitsplätze.

**Lohnquoten in der EU im Sinkflug
(Arbeitnehmerentgelte am BIP, 2003=100)**



Quelle: Eurostat